

Schwere Vergangenheit: DDR-Häftlinge wollen moralische Anerkennung

Berlin (APA/dpa) - Ein bisher wenig beachtetes Kapitel der DDR-Vergangenheit bekommt nun Gewicht. Gefangene wurden zur Arbeit in volkseigenen Betrieben gezwungen. Auch der Westen profitierte. Eine neue Studie beleuchtet das.

Sie musste Bettwäsche nähen und Metallteile drehen. Edda Sperling war wegen Westkontakten im berüchtigten DDR-Frauengefängnis Hoheneck inhaftiert. Wie Tausende andere Häftlinge wurde sie zu dreckiger und zermürender Arbeit gezwungen. „Wer das verweigerte, wurde in den Arrest gesteckt“, sagt die 60-Jährige. Sie ist aufgewühlt und weint. Aber Sperling ist extra zur Vorstellung einer neuen Studie zu Zwangsarbeit in der DDR gekommen. „Es kommt alles wieder hoch“, sagt die gelernte OP-Schwester. Heute lebt sie von Hartz-IV und fühlt sich alleingelassen.

Etwa in 600 volkseigenen Betrieben - im Tagebaue, in chemischen Fabriken, in Stahlwerkern oder Textilbuden - schufteten Gefangene nach einer Schätzung des Autors der Studie, Christian Sachse. „Eine Gesamtzahl wissen wir noch nicht.“ Die SED-Maxime sei gewesen: die schwerste Arbeit für die schwersten Verbrecher - und das seien politische Gefangene gewesen, sagt Sachse.

Und der Westen habe kräftig profitiert. Viele Firmen bezogen Knastprodukte, ohne kritisch nachzufragen - obwohl es genügend Verdachtsmomente gegeben habe. Das sieht auch Rainer Wagner, Vorsitzender der Union Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, so. Sein Verband gab die Studie in Auftrag.

Er habe als 15-Jähriger in der DDR im Gefängnis gesessen, berichtet Wagner. Als er später in den Westen kam und dort öffentlich machte, wie in einem DDR-Betrieb junge Gefangene an Stanzen Finger verloren, sei er als Provokateur beschimpft worden. „Das wollte niemand wissen.“

Heute sagt er: „Die Firmen sollen ihre moralische Verantwortung wahrnehmen.“ Ein Runder Tisch solle her. „Die Regierung ist 100-prozentig in Verantwortung.“

In den Firmen habe man sich um die billigen Arbeitskräfte aus dem Knast gerissen, wird in der rund 500 Seiten umfassenden Untersuchung deutlich. „Gefangene wurden als Arbeitskräfte extra angefordert, sie waren fest eingeplant“, sagt Wissenschaftler Sachse. Für ihre Versorgung waren nur drei Ost-Mark pro Tag eingeplant.

Eine Gesamtzahl der Betroffenen liegt noch nicht vor. Geschätzt werde, dass allein bis zu 280 000 politische Insassen in der Produktion eingesetzt wurden.

Lange lag dieses Kapitel im Dunkeln. Erst im 25. Jahr nach dem Mauerfall kommt die Aufarbeitung voran. Der schwedische Möbelkonzern Ikea hat die Studie im Auftrag der Union der Opferverbände mit 120 000 Euro finanziert, nachdem das Unternehmen Ende 2012 unter öffentlichem Druck einräumen musste, seit den 80er-Jahren vom Einsatz politischer Häftlinge für die Möbelproduktion gewusst zu haben.

Für Ikea produzierten DDR-Häftlinge Sofas und Lampen. Ikea habe sich kaum anders verhalten als westdeutsche Firmen, die mit der SED-Diktatur Handel betrieben, heißt es in der Studie.

Die Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke, kündigte eine weitere Untersuchung an. Fast zeitgleich mit der Veröffentlichung der Studie kam auch die Mitteilung, dass die Renten für SED-Opfer erhöht werden sollen. Das empfinden etliche Opfer zwar als Schritt in die richtige Richtung - doch ausreichend sei es nicht, hieß es am Montag.

In einer ersten Studie mit dem Titel „Knastware für den Klassenfeind“ hatte Historiker Tobias Wunschik beleuchtet, dass DDR-Häftlinge auch Werkzeugkästen, Strumpfhosen, Kerzen, Motorräder und Fotoapparate für den Westen produzierten. Auch Blutspenden von Häftlingen verhökerte die DDR gegen Devisen.

Angelika Cholewa saß ebenfalls im Frauengefängnis Hoheneck. Sie habe die Zwangsarbeit fast als Geschenk empfunden, sagt sie am Montag, begleitet von entrüsteten Rufen anderer Ex-Häftlinge. Nach monatelanger, einsamer Untersuchungshaft habe sie wieder etwas tun können. Die Arbeit sei wie ein Pflaster für ihre wunde Seele gewesen